



Freerk Huisken

„Bildung darf keine Ware werden!“ Warum? Was haben Studierende gegen Geld und Waren?

Gedacht ist die Forderung als Polemik gegen die Einführung von Studiengebühren. Diese Gebühren erscheinen ihnen als Preis für eine Ware namens Bildung oder Ausbildung. Mit ihnen würde schnödes „ökonomisches Denken“ in einen Bereich einziehen, in dem es nichts zu suchen hat, in den Bereich der universitären Bildung. Bildung lasse sich nicht einpreisen und habe mit „ökonomischer Verwertung“ nichts zu tun. Zudem würde mit dem Preis für Bildung eine weitere Hürde vor dem Studieren errichtet, die für „sozial Schwache“ kaum zu überwinden sei. So kann man es lesen.

Ohne Geld gelten Bedürfnisse nichts

Diese Kritik der Studiengebühren irritiert: *Zum einen* ist unklar, *was* die Protestler eigentlich am Warencharakter der Güter und Dienste auszusetzen haben, wenn sie den an der Bildung monieren. Wollen sie damit zum Ausdruck gebracht haben, dass der Tausch von Waren gegen Geld schon in Ordnung geht, wenn er nur dort stattfindet, wo er hingehört, in der Wirtschaft? Wollen sie sich dem Urteil anschließen, dass das Geld für die Versorgung der Menschen mit Gütern eine nützliche Rolle spielt? Das lernt man nämlich bereits in der Schule, dass das Tauschen ohne Geld wahnsinnig kompliziert wäre; dass das Geld eine „leistungsgerechte Allokationsfunktion“ erfülle und als universales Tauschmittel den Zugriff auf die gesamte bunte Warenwelt erlaube. So steht es auch schon in den Sozialkundebüchern, das überdies für die Kleinen die Lebensregel bereit hält, dass privater Geldmangel immer nur dann auftaucht, wenn Vati zu wenig gespart hat.

Zum anderen aber entnehmen die Studierenden den Studiengebühren mit großer Selbstverständlichkeit alles, was es zur Kritik von Geld und Ware braucht: Dass nämlich mit jedem Preis erst einmal eine Hürde vor dem Gut errichtet worden ist, mit dem man dieses oder jenes Bedürfnis befriedigen möchte - heiße dieses Gut nun Wintermantel oder Bildung. Und sie wissen,

dass es unter ihnen Mitbewerber um Studienplätze welche gibt, denen es offensichtlich an Geld zum Überwinden dieser vor dem Universitätsstudium errichteten Hürde ermangelt; dass die - nebst ihrer Verwandtschaft - gar nicht erst groß etwas ansparen können, weil ihr Verdienst dazu nicht reicht, und weil sie sich ihre Verdienstgelegenheiten auch nicht aussuchen können; was im übrigen aus ihnen eine ganze Gesellschaftsschicht von „sozial Schwachen“ macht. Aber soll nun all das, was sich mit Leichtigkeit an den Studiengebühren feststellen lässt, dass nämlich der geforderte Preis für viele den *Ausschluss* vom Studium bedeutet, für die restliche Warenwelt nicht gelten? Das wissen doch alle Studierenden aus eigener Erfahrung, dass der Zugriff auf einen attraktiven Gebrauchswert nur allzu oft an der wenig attraktiven Verfassung der Geldbörse scheitert. Vor dem Gebrauch der Güter steht hierzulande nun einmal die unbedingte Erfüllung der Geldforderung eines Geschäftsmannes. Und der will nicht etwa *überhaupt* Geld für Brötchen und Socken, für den iPod oder das Handy, sondern der hat den geforderten Preis exakt danach durchkalkuliert, dass der Geldertrag sich für ihn lohnt. Wo dieser Preis nicht entrichtet werden kann, da schiebt sich nichts mit Speis' und Trank, mit Kleidung und Wohnung, mit Spiel und Spaß – und seien die Bedürfnisse noch so dringend oder die Argumente noch so schlagend. *Den ganz prinzipiell ausschließenden Charakter jeder Geldforderung*, der für alle Abteilungen von Armut auf der Welt verantwortlich ist, könnte man also durchaus auch an den Studiengebühren ablesen.



©Foto: Michael-Piesbergen/www.pixelio.de

Es bleibt also unklar, was die Studierenden mit ihrer Klage wollen: Stoßen sie sich an der Ware, weil mit ihr festgelegt ist, dass die Befriedigung von Bedürfnissen hierzulande über das

Abzocken von Zahlungsfähigkeit oder gar nicht läuft – und zwar ohne Rücksicht auf Geldvermögen und Verdienstgelegenheiten. Oder wollen sie nur die Welt ein wenig anders, nämlich ziemlich elitär nach der für sie eher tristen und berechnenden Welt des Kommerzes und nach ihrer Welt, der anspruchsvollen Welt der Bildung sortieren. Wenn sie aber an der Einforderung von Studiengebühren weniger den Anschlag auf arme Leute, die ebenfalls studieren wollen, als vielmehr einen *unangemessenen* Einbruch in die Sphäre des Geistes entdecken, dann sollen sie sich gleich mit den Pfaffen zusammenschließen, die auch nur das Christkind vor seiner Kommerzialisierung retten wollen.


Bildung als Ware auf dem Markt für Akademiker

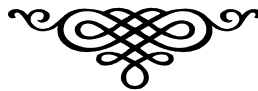
Diese Sorte der Zurückweisung von Studiengebühren wäre nicht nur recht abgehoben, sie wäre zugleich unzutreffend. Denn *Bildung ist Teil einer Ware*, war dies schon immer und wird dies auch weiter so sein – wenigstens solange sich Menschen, ausgestattet mit keinem anderen „Vermögen“ als einem intakten Körper, einem mehr oder weniger ausgebildeten Verstand und einem gutem Willen auf die Suche nach einer Verdienstgelegenheit machen müssen. Dann haben sie sich mit all dem, was sie an erlernter und brauchbarer Ausbildung aufzuweisen haben, als Ware auf einem für sie vorgesehenen Markt anzubieten. In dieser Hinsicht machen auch Akademiker keine Ausnahme. Da mögen die Produktionskosten ihrer universitären (Berufs-) Bildung – inklusive aller Studien- und sonstigen Gebühren – etwas höher sein als bei jenen, die sie im Verlauf ihrer Bildungskarriere hinter sich gelassen haben; da mögen auch die Verdienstaussichten etwas besser und die Berufstätigkeiten etwas angenehmer sein, es ändert all dies nichts an der Tatsache, dass sie sich mit ihrer Bildung als Ware auf dem Markt für Akademiker den Abnehmern von Staat und Geschäft anbieten müssen. Ob sie dabei die Produktionskosten ihrer Bildung in Form ihres Verdienstes wieder rein bekommen oder nicht, das steht ohnehin auf einem anderen Blatt.

Wer kürzer studiert, ist weniger wert ...

An der Einführung des Bachelorstudiengangs, gegen dessen Härten die Studierenden jetzt protestieren, lässt sich der neuste Stand solcher Verdienstchancen ablesen. Bei ihr geht es nämlich nicht zuletzt um die *Verbilligung* der Ware 'Bachelor-Qualifikation'. Wer kürzer studiert, der ist eben weniger wert; und wer weniger wert ist, muss mit geschrumpftem Verdienst rechnen, so er denn überhaupt einen „Arbeitgeber“ findet. *Das ist bezweckt*. Und gebildete BildungsökonomInnen rechnen schon fleißig aus, was der Staat als Finanzier der Hochschulen und was die Abnehmer von Bachelorabsolventen dadurch einsparen. Es muss sich um hübsche Sümmechen handeln, wenn von *geminderten* Verdienstaussichten um bis zu 50% die Rede ist. Und dies, wo doch Studiengebühren die Produktionskosten der Bachelor-Ausbildung *verteuern*!! Wie passt das zusammen? Das passt schon: Denn die erhöhten *Kosten* sind erstens nur

welche für die Studierenden, die als Einnahmen ins Staatssäckel fließen; zweitens sollen sie gerade den hübschen Doppelleffekt haben, dass sie den Veranstaltern der Uni-Ausbildung Geld sparen *und* zugleich den Studierenden Beine machen sollen. Komisch aber wahr: Mit *Mehrkosten* soll den Studierenden das *kürzere* Studium schmackhaft gemacht werden, das sie dann in eine Berufswelt entlässt, in der es für sie *weniger* zu verdienen gibt.

Vielleicht vergeht ja dem einen oder anderen der Studierenden darüber sein abgehobener Standpunkt, dass Bildung doch nicht zur Ware degenerieren dürfe; aber vielleicht geschieht das auch erst dann, wenn er merkt, dass er als Akademiker mit Bachelorabschluss auf Arbeitsmärkten mit jenen Menschen um Einkommensgelegenheiten zu konkurrieren hat, von denen er sich als Student doch gerade in Sachen Geist und Geld absetzen wollte. 



Über den Autor:

*Freerk Huiskens, Dr., *1941, studierte in Oldenburg Pädagogik und arbeitete bis 1967 als Lehrer. Anschließend Studium der Pädagogik, Politik und Psychologie in Erlangen-Nürnberg. Von 1971 an Professur an der Universität Bremen: Politische Ökonomie des Bildungssektors. Seit März 2006 im Ruhestand.*

Kontakt:

www.fhuiskens.de
huisken@online.de

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag

Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht

www.magazin-auswege.de
auswege@gmail.com